

Einladung



zum

Europapolitischen Vortrag 4-2025

Thema :

Großbritannien nach dem Brexit

Ursachen-Folgen-Neuanfang?



Referentin: Dr. Birgit Bujard, Dep PolWiss, Universität Köln

Mitglied Team Europe Direct der Europäischen Kommission



Zeit: Mittwoch, den 17.September 2025, 1900 Uhr

Ort: Parkwohnstift, H.-v.- Kleist-Strasse 2, 97688-Bad Kissingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem uns beim letzten Vortrag der polnische Generalkonsul sowohl von der EU-Ratspräsidentschaft wie auch der Lage seines Landes an der Ostgrenze der EU berichtet hat, wollen wir diesmal den Blick über den Kanal werfen. Wir erinnern uns noch sehr genau an den Schock, als die britischen Wähler beim Referendum über einen Austritt



aus der EU am 23. Juni 2016 mit einer knappen Mehrheit von 51,9% mit „LEAVE“ abstimmten. Bereits 2013 hatte der damalige Premier **David Cameron** seinen Wählern versprochen, dass er ein solches Referendum über einen Ausstieg

spätestens 2017 durchführen wolle, rechnete aber mit einem



Verbleib in der EU und trat zurück. Sein Nachfolger **Boris Johnson** führte die Verhandlungen mit der EU



zu Ende und vollzog den Brexit nach einer 1-jährigen

Übergangszeit am 31. Januar 2020.

Von Anfang an ein „schwieriger“ Partner

Zur Vorgeschichte: zwar hatte Winston Churchill bereits 1946 die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert, sah sich aber nicht als Teil davon. Nachdem zwei Beitrittsgesuche am Widerstand Charles de Gaulles gescheitert waren, beschlossen die 6 Gründerstaaten die Aufnahme des Vereinigten Königreichs. Auch nach dem Beitritt 1973 zeigte sich das Land einer weiteren Integration häufig zögerlich bis ablehnend gegenüber. Immer wieder wurden Beschlüsse zu besonderen Anliegen des „schwierigen“ Partners getroffen, vor allem beim Haushalt, der Wirtschafts- und Währungsunion und zum Schengenraum.

Was waren die Gründe für diesen bisher einmaligen Austritt eines



Mitglieds der EU? Bereits in den letzten 10 Jahren vor der Entscheidung hatten sich mehrere Gruppen und Parteien gegründet, die vehement die Trennung von

der EU forderten. Ein besonders aggressiv auftretender Befürworter war **Nigel Farage**, der unter anderem ständig behauptete, Großbritannien müsse jeden Monat 350 Mill. Pfund Beitrag an die EU zahlen. Andere verlangten die nationale Kontrolle über die Einwanderung, waren mit den EU-Regularien unzufrieden und glaubten an die Vorteile einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Insgesamt war es der Wunsch nach mehr Souveränität, der in der Forderung gipfelte: „wir wollen unser Land zurück“.



Was ist eigentlich in dem Austrittsvertrag und den Handels-und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geregelt - und was nicht? Welche Auswirkungen hat das für beide Seiten? War der Austritt für die britischen Bürger von Vorteil? Vor 1 Jahr verkündete der Mayor of London, Sadiq Khan in einer Pressekonferenz, der Wert der britischen Wirtschaft sei um 140 Mrd



Pfund geschrumpft, jeder Haushalt sei 2000 Pfund ärmer und 2 Mill. Arbeitsplätze seien verloren gegangen. Wenn sich nichts ändere, werde die Wirtschaft bis 2035 bis zu 300 Mrd Pfund an Wert verlieren. Nicht die Einwanderung sei das Problem, sondern Teil der Lösung. Hat sich die britische Europapolitik unter der Labour-Regierung geändert? Was sieht sie mit Blick auf die EU anders? Inzwischen hat sich eine stärker werdende „Re Join“-Bewegung formiert, die sogar Mahnwachen vor dem Parlament organisiert.

Wird es ein Zurück zur EU geben?

Im September 2023 deutete der neue Labour-Premier Keir Starmer gegenüber der Präsidentin der Europäischen Kommission die Möglichkeit einer Rückkehr seines Landes unter seiner Regierung in

die EU an. Im März dieses Jahres kam es dann aufgrund einer „Re Join“-Petition zu einer heftigen Debatte im britischen Parlament.

Am 19. Mai fand schliesslich ein viel beachteter EU-Großbritannien-Gipfel statt, bei dem eine neue „Strategische Partnerschaft“ mit der EU vereinbart wurde, die eine engere Zusammenarbeit auf mehreren Gebieten vorsieht. Premier **Keir Starmer** hat jedoch gleichzeitig klar signalisiert, dass es keine Rückkehr zur Zollunion, Binnenmarkt oder Freizügigkeit geben werde. Was wurde dort vereinbart? Auch in die deutsch-britischen Beziehungen ist Bewegung gekommen: Am 17. Juli wurde zwischen beiden Regierungen der sog. „Kensington-Vertrag“ unterzeichnet. Was wurde da beschlossen? Und wie sieht eigentlich die britische Bevölkerung heute den BREXIT?

Diese Themen wird unsere Referentin, Frau **Dr. Birgit Bujard** näher bringen. Sie ist Geschäftsführerin des Departements für Politikwissenschaft und Senior Research Fellow des Zentrums für Türkei- und EU-Studien (CETEUS) an der Universität zu Köln. Ausserdem ist sie Mitglied im TEAM EUROPE DIRECT Rednerpool der Europäischen Kommission. Sie hat an der Universität zu Köln Politikwissenschaft studiert und an der Universität der Bundeswehr München promoviert.



Über Ihre Teilnahme würde ich mich freuen.

Mit den besten Grüßen

U.Feldmann, Sektionsleiter